

— Neunter Jahrgang —

Nr. 50.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

49. Woche für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1900.

Posen, den 10. Dezember 1900.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 329 des Kurjer Poznański
vom 4. Dezember 1900:

Die Fabrik S. Cegielski u. Co.

hat ihr Arbeitsfeld erweitert durch Ankauf der N. Urbanowski'schen Fabrik. Ein Uebereinkommen ist nach dieser Richtung hin bereits getroffen worden.

Die in Posen verbreitete Meldung, daß die Firma Cegielski auch die Mögelin'sche Fabrik angekauft habe, beruht auf einem Irrthum.

Aus Nr. 275 des Dziennik Poznański
vom 2. Dezember 1900:

Das Ehrengericht

zwischen dem Prälaten Wawrzyniak und dem Rechtsanwalt Wyczynski macht Folgendes bekannt:

An

die verehrte Redaktion des Dziennik Poznański
in Posen.

Im Namen der Herren: Dr. Roman von Komierowski, Joseph Karwat, Wladislaus Terzykiewicz, Stanislaus Moczynski, Dr. Sikowski und Dr. Sigismund von Dziembowski theile ich Ihnen mit der Bitte um Veröffentlichung mit, daß der Herr Prälat Wawrzyniak und der Herr Rechtsanwalt Wyczynski zu unseren Händen folgende Erklärung abgegeben haben:

„Ich räume ein, daß die in den mir von Herrn Rechtsanwalt Wyczynski im Jahre 1894 gemachten Vorwürfen enthaltenen Thatsachen der Wahrheit entsprechen haben, auch erkläre ich, daß ich der Richtigkeit dieser Thatsachen niemals widersprochen habe,

vielmehr nur hervorheben wollte, daß die aus diesen Thatsachen von Herrn Moczynski gezogenen Schlussfolgerungen unbegründet waren.

Mogilno, den 29. November 1900.

gez. Wawrzyniak.“

„In Folge der vorstehenden Erklärung des Herrn Prälaten Wawrzyniak nehme ich hiermit den ihm gemachten Vorwurf, daß er absichtlich die Unwahrheit gesagt habe, zurück.

Mogilno, den 29. November 1900.

gez. Wyczynski.“

Achtungsvoll

St. von Zoltowski.

Riechanowo, den 30. November 1900.

Aus Nr. 272 des Wielkopolanin

vom 29. November 1900:

Berlin.

Die polytechnische Hochschule in Charlottenburg bei Berlin erschwert der aus Rußland und dem Königreich Polen kommenden Jugend den Unterricht immer mehr. Die Zeit, in welcher jene Studenten mit den Deutschen gleichberechtigt waren, ist geschwunden, und es entstanden gewisse Beschränkungen. Im letzten Semester forderte man von den Studenten russischer Staatsangehörigkeit, schriftliche Beweise darüber zu erbringen, daß sie an irgend einer höheren Unterrichtsanstalt die Abgangsprüfung abgelegt hätten und daß man sie daselbst wegen Mangels an Raum nicht aufgenommen habe. Die verschiedensten Schwierigkeiten wurden ihnen in den Weg gelegt, und als es gelungen war, dieselben alle zu beseitigen, so war die akademische Behörde wegen Mangels an Raum noch nicht „in der Lage“, die Studenten anzunehmen und sie in die Liste als Mitglieder der Hochschule einzutragen. Für die Zukunft sollen diese Schwierigkeiten noch größer sein! Wir können es nicht verstehen, weshalb sich die Jugend mit Gewalt in diese preussische Hochschule drängt! Wer schon einmal ins Ausland

gegangen ist, für den können einige Duzend Meilen Entfernung von der Heimath keinen Unterschied bilden, und wir sind der Ueberzeugung, daß auch andere Hochschulen, wie französische, schweizerische u. s. w. ihnen dieselbe berufliche Ausbildung geben werden — ja, vielleicht eine bessere, als es die preußische Akademie mit ihrem deutschen Dünkel zu thun vermag.

Aus Nr. 273 des Wielkopolanin
vom 30. November 1900:

Zu dem in der „Deutschen Zeitung“ besprochenen Programm der Polen in Paris bemerkt der Wielkopolanin folgendes:

Zunächst hat man sich die Frage vorzulegen, ob sich dieses Programm nicht irgend ein Spitzel der Hafatisten aus dem Finger gezogen hat. Dann aber, wenn ein solches Programm durch Hitzköpfe in Paris aufgestellt worden sein sollte, wer ist damit einverstanden?

Wir sind entschiedene Gegner sämtlicher geheimen Arbeiten. Entweder offen oder garnichts!

Sämtliche geheime Arbeiten geben thörichten Elementen nur Raum zu Streichen, daraus aber kann einzig und allein Schaden erwachsen.

Wenn jene Patrioten in Paris wüßten, wie schwer uns das Unterrichten der polnischen Jugend ankommt, so würden sie nicht so schwere, unmöglich zu erfüllende Forderungen stellen, wie es die Einführung der polnischen Sprache als Amtssprache in allen Theilen des ehemaligen polnischen Königreichs ist.

Eine Gleichberechtigung für unsere Sprache können wir nicht erzielen, noch weniger aber eine Gesetz, welches die polnische Sprache als Amtssprache in den Landestheilen des ehemaligen polnischen Königreichs anerkennt. Eins loben wir im Programm nämlich, daß wir uns vom Sozialismus fern halten sollen.

Ueber die anderen Punkte des Programms, über „Hauptauschüsse“, „Aufsichtsräthe“ u. s. w. ist nichts zu sagen. Den in Paris sitzenden Herren ist es sehr leicht, Programme in die Welt zu schicken, welche ein begehrteter Bissen für den sich an dieser Nahrung mästenden Hafatismus ist.

Wenn diese Herren in Paris, anstatt um das Schicksal von ganz Polen besorgt zu sein, lieber um sich sehen und vor allem darauf achten wollten, daß die Jugend des Emigrantenthums nicht französisch würde, sondern daß sie im polnischen Geiste erzogen würde, das wäre hundertmal besser.

Ueberlassen wir die Fürsorge über das Schicksal Polens dem lieben Gott, wir aber wollen arbeiten, beten und nicht vergessen, daß wir als Polen geboren sind, und daß wir die Pflicht haben, unsere Nationalität unbesiegt unseren Nachkommen zu hinterlassen.

Aus Nr. 320 des Kuryer Poznański
vom 29. November 1900:

Die polnischen Rechtsanwälte und die Kriegsgerichte.

Nach der neuen Kriegsgerichtsordnung kann nicht jeder Rechtsanwalt die Vertheidigung übernehmen, sondern es wird ein bestimmter Theil der Rechtsanwälte zu amtlichen Vertheidigern vor dem Kriegsgericht ernannt. Bei Einführung der Reorganisation

forderte man im Frühjahr d. J. die Posener Rechtsanwälte mittelst Kurrende auf, sich zu erklären, ob sie bereit seien, die Vertheidigung vor dem Kriegsgericht zu übernehmen. Nur die Rechtsanwälte Dr. v. Dziembowski und Jarecki bejahten die Frage. Vor einiger Zeit veröffentlichten die amtlichen Blätter die Ernennungen der Vertheidiger bei den Kriegsgerichten, und darunter fehlt Herr v. Dziembowski, der trotz seiner Erklärung nicht bestätigt worden ist. Diese Thatfache ist um so auffallender, als die Regierung angesichts einer so geringen Zahl eingelaufener Meldungen sich in einer schwierigen Lage befand und privatim zwei andere hiesige deutsche Rechtsanwälte zu bewegen suchen mußte, die Vertheidigung zu übernehmen. Also selbst zum Vertheidiger bei dem Kriegsgericht kann man einen Polen nicht bestätigen; dem Herrn v. Dziembowski gegenüber, der sich im Appellationsgericht, an welchem er seit vielen Jahren thätig ist, der Werthschätzung erfreut, wird die Regierung andere sachliche Gründe der Nichtbestätigung nicht anzugeben vermögen. Wir hoffen, daß die Fraktion den Kriegsminister in dieser interessanten Angelegenheit interpelliren wird.

Aus Nr. 48 der Praca
vom 25. November 1900:

Die Praca charakterisirt den Pfarrer Lic. von Krzesinski auf folgende Weise:

Pfarrer von Krzesinski verleugnete seine polnische Nationalität, er bewarb sich um die Gunst der deutschen Patrioten, er provozierte seine kirchliche Behörde, er setzte den Erzbischof einer ganzen Fluth von frechen Angriffen aus dem feindlichen Lager aus, er lag nach links und rechts, er spottete den polnischen Empfindungen, um schließlich aus allen diesen niederträchtigen Machinationen ein Ergebnis von — höret! — 576 Stimmen zu erzielen.

Die Deutschen haben selbst ein Urtheil über ihn gefällt. Er verleugnete seine Nationalität, er drängte sich unter die Deutschen, er beschwor seine deutschen Empfindungen, — schließlich aber wollten ihn die Deutschen gar nicht und verachteten seine Liebaugleien; denn nur so kann man diese minimale Zahl von 576 Stimmen, welche man ihm gegeben hat, verstehen, angesichts der Tausende von Stimmen, die andere erhalten haben.

Er hat es verdient, daß ihn die Seinen verstießen und daß ihn die Fremden nicht haben wollten, sondern sich von ihm abwendeten; denn an einem solchen Menschen verliert das Polenthum nichts, das Deutschthum aber kann keinen Nutzen von ihm haben. Ueber die Person des Propstes von Krzesinski können wir zur Tagesordnung übergehen, seine traurige politische Rolle gehört bereits der Vergangenheit an, möge die Erinnerung an dieselbe, an diesen polnischen Geistlichen, an den Verleugner seiner eigenen unglücklichen Nation nicht verloren gehen; möge das eine Mahnung und Warnung für die Zukunft sein. Die Seinen haben sich von ihm abgewandt, die Fremden wollten ihn nicht haben, ein solches Loos und ein solcher Lohn erwartet alle Diejenigen, die es verstehen, mit heiligen Empfindungen für Andere Geschäfte zu treiben und dabei denken, daß sie dadurch Karriere machen können. Als Lohn wartet ihrer nur die Bezeichnung „Perfuga“, was so viel bedeutet, wie daß jemand im Augenblicke der Gefahr von der Standarte entweichen ist.

Schon die Völker des Alterthums hatten für solches Verhalten Verachtung, und einen Menschen, der sich nach dieser Richtung hin etwas zu schulden kommen ließ, brandmarkten sie verächtlich durch die Bezeichnung *Perfuga*. O, gäbe es unter uns nicht mehr solcher Flüchtlinge!

Au demselben Tage, an dem im Wahlkreise Borms-Meseritz die Ergänzungs-Wahlen für den deutschen Reichstag stattfanden, am 14. November d. Js. wurde der Reichstag bereits mit der üblichen Thronrede eröffnet. Heute (ich schreibe diese Worte am Sonntag den 18. d. Mts.) ist das Präsidium des Reichstages schon konstituiert, wovon die Tageszeitungen bereits Näheres gebracht haben; es erübrigt sich somit, dies hier zu wiederholen. Unverzüglich begannen die regelmäßigen Sitzungen. Mit Spannung warten wir alle darauf, welche Erklärung die kaiserliche Regierung darüber abgeben würde, daß sie mit ausdrücklicher Verletzung der Konstitution sich unterfangen hat, Hunderte von Millionen für den China-Krieg auszugeben, ohne vorher die Genehmigung des Volkes dazu eingeholt zu haben. Aus diesem Anlaß werden kräftige Attacken gegen die Regierung vorbereitet, namentlich von Seiten der Sozialdemokratie, welche für die Verfassung, für den Willen des Volkes und gegen dessen Vergewaltigung eintritt.

Nicht minder interessant wird das sein, was uns die Regierung zu ihrer Rechtfertigung bezüglich der unsauberen Geschäfte, welche sie sich hat zu schulden kommen lassen, wird sagen können; die Regierung forderte und nahm zwölftausend Mark von Millionären zur Agitation für ein gegen die Arbeiter gerichtetes Gesetz, welches den Arbeitern die Möglichkeit nehmen sollte, sich gegen die Ausbeutung ihrer Brotgeber zu wehren.

So ist denn die Spannung der Gemüther heute eine allgemeine, denn seit Langem begannen die Sitzungen des Parlaments nicht mit solch sensationellen Angelegenheiten. Höret und lernet! N.

Aus Nr. 322 des Kuryer Poznański
vom 30. Oktober 1900:

Betrifft den Pfarrer Krzefinski.

Diejenigen deutschen Blätter, welche behauptet haben, der Herr Erzbischof habe die Erfüllung der Bitte des Pfarrers Krzefinski, auf längere Zeit ins Ausland gehen zu dürfen, abgelehnt, haben eine neue Unwahrheit behauptet. Dem Pfarrer Krzefinski ist nämlich der Urlaub keineswegs verweigert, sondern die Ertheilung desselben lediglich aufgeschoben worden, und zwar wegen des Mangels eines Vertreters in der Pfarre. Die Beseitigung dieses Mangels kann erst die letzte Priesterweihe herbeiführen, die am vorigen Sonntage stattfand.

Aus Nr. 274 des Postep
vom 1. Dezember 1900:

Die Angelegenheit des Pfarrers von Krzefinski.

Man schreibt uns:

Die Angelegenheit des Pfarrers von Krzefinski, welche bisher in der deutschen Presse soviel Lärm verursacht hat und dies immer noch thut von Königsberg bis München, ist den Lesern wohlbekannt.

Bisher haben wir mit Rücksicht auf die Wahlen geschwiegen. Weil die Wahlen gegenwärtig schon vorüber sind, so fühlen wir uns verpflichtet, unsere Ansichten in der von Krzefinskischen Angelegenheit darzuthun.

Es ist uns darum zu thun, zu erfahren, was an dieser Sache wahr und was unwahr an ihr ist. Pfarrer von Krzefinski warnte die deutschen Katholiken in den Wählerversammlungen, die er wohl selbst einberufen hatte, vor den Antisemiten und Sozialdemokraten, was im Grunde genommen ein und dasselbe ist. Er fügte hinzu, daß er in dieser Hinsicht auf die Zustimmung der geistlichen Behörde rechne, welche ihn bisher noch nicht gerügt habe.

So lautet die amtliche Erklärung des Pfarrers von Krzefinski in dem an den Erzbischof gerichteten Schreiben, auf welches sich dieser in dem an die Geistlichkeit gesandten Rundschreiben beruft.

Das Selbstberufen auf das Schweigen der Behörde führte zu einem öffentlichen Verweise von Seiten des Erzbischofs, zu einem unerhört scharfen Artikel, sowie zu einem Kommentar im Kurier und schließlich zu einem energischen Rundschreiben an die Geistlichkeit.

Das ist die Lage der Sache.

Betrachten wir sie doch ein wenig mit kritischem Auge.

Das Posener Tageblatt hebt den Umstand hervor, daß bisher noch kein Geistlicher so hart und sogar öffentlich gescholten worden sei, wie Pfarrer von Krzefinski.

Einverstanden damit, daß die öffentliche Rüge eine sehr scharfe war, nicht einverstanden aber sind wir damit, daß dies etwas Neues gewesen wäre. Das Posener Tageblatt wird sich doch noch an die Angelegenheit des Pfarrers Bartsch in Woinitz erinnern, denn es hat doch zunächst selbst den Tenor der kanonischen Admonition veröffentlicht, noch ehe diese in die Hände des Delinquenten gelangte. Die kanonische Admonition ist eine der schwereren Strafen, zu welcher das Verschulden des Pfarrers Bartsch in gar keinem Verhältniß stand. Wir wenigstens können gar kein Verschulden erkennen. Pfarrer Bartsch hatte zu einem polnischen Manne, welcher wegen eines Tauffcheines in deutscher Sprache an ihn geschrieben, gesagt, daß er unnötig deutsch geschrieben habe, da er Pole und auch der Geistliche Pole sei und daß sie beide polnisch verstanden. Das aber wurde von gewissen Personen fast einem Staatsverrath gleichgerechnet, da sie meinten, der Pfarrer habe, indem er sich der Muttersprache annahm, gleichzeitig das Deutschthum bedrückt. So nur konnte das verstanden worden sein, denn wofür wäre eine so schwere kirchliche Strafe erfolgt?

Um diese Strafe zu verschärfen, wird sie in den Zeitungen veröffentlicht, es wurde schon vorher gesagt, was da eintreten werde, und man publizirte es im Tageblatte. Das sind unerhörte Sachen. So etwas geschieht in keinem Ressort. Bei uns aber hat die Furcht große Augen. Durch diesen Akt wurde das beleidigte Deutschthum demüthig um Verzeihung gebeten. Wenn Pfarrer Bartsch in ähnlicher Weise zum Schutze der deutschen Sprache aufgetreten wäre, so hätte er den Ruf eines Helden erlangt, er hätte vielleicht eine öffentliche Belobigung und Belohnung erhalten.

Und noch einmal fragen wir mit Nachdruck: Mit welchem Rechte hat man sich über einen Geistlichen schon vor dem Urtheil, vor der Strafe in den Zeitungen ausgelassen? Und wenn das auch nicht

geschehen wäre, war es denn durchaus nothwendig, vor der deutschen Oeffentlichkeit aufzutreten und sich niedrig verneigend zu sagen: „Seid ruhig, exemplarisch ist der Pfarrer bestraft, der sich der polnischen Sprache annimmt.“

Damals bedauerte das Posener Tageblatt nicht diese Art der öffentlichen Strafe. Natürlich handelte es sich damals um einen polnischen Pfarrer gegenwärtig aber handelt es sich um einen — deutschen.

Worin hat Pfarrer Krzesinski gefehlt?

Er hat thatsächlich gefehlt, daß er sich, wie man allgemein schrieb, um ein Abgeordnetenmandat bewarb, ohne vorher die geistliche Behörde um Erlaubniß gefragt zu haben.

Jeder Geistliche hat als Seelenhirt der erzbischöflichen Residenz gegenüber seine Pflichten zu wahren. Die diesbezüglichen Vorschriften sind entschieden strenge. Nur in Ausnahmefällen befreit auch die Kirche von dieser Pflicht — und zwar dann, wenn eine thatsächliche Nothwendigkeit oder ein thatsächlicher Nutzen in Aussicht steht. Wer sich aus der Parochie entfernen will, muß für einen von der Behörde angenommenen Vertreter sorgen, wichtige Gründe anführen und ausdrückliche Ermächtigung dazu haben.

Wenn Pfarrer von Krzesinski Abgeordneter werden wollte, so hätte er sich diesbezüglich vorher vergewissern sollen; sonst hat er leichtsinnig gehandelt, nicht nach Art eines Kirchenbeamten.

Aus dem in dem Rundschreiben des Erzbischofs angeführten Passus geht nicht hervor, daß Pfarrer von Krzesinski im Interesse seiner Kandidatur gesprochen hätte. Er sagt, daß er in der Versammlung „vor den Sozialdemokraten und Antisemiten gewarnt“ und daß er sich nach dieser Richtung hin auf das Schweigen der Behörde berufen habe. Wenn nun weiter nichts ist, so konnte er sich immerhin auf dieses Schweigen berufen. Die Behörde kannte seine Agitation, und wenn diese Agitation nicht gefallen hat, so hätte sie gleich im Keime erstickt werden müssen: principiis obsta; die Behörde durfte die Verbreitung des Fehlers, die die Grenzen des Erlaubten überschreitende Agitation nicht zulassen. Die Erklärung, daß dies im Interesse der Wahlfreiheit nicht geschehen sei — ist schwach. Das Verbot hätte nicht die Wahlfreiheit, sondern den Mißbrauch berührt; dieses Verbot wäre gerade durch den kirchlichen Grundsatz, durch den Grundsatz der Residenz des Erzhirten am besten begründet gewesen. Das hätte die Behörde sofort thun müssen, als sie sich überzeugt hatte, daß Pfarrer von Krzesinski Abgeordneter werden wolle, ohne Dispens von den kirchlichen Vorschriften zu haben. Darin liegt der Irrthum, die Verfehlung, denn es ist nicht gestattet zu schweigen, auf irgend welche Weise eine fremde Sünde zuzulassen. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Behörde sofort jede Uebertretung ahndet, sei es eine private oder öffentliche, sie schreitet energisch ein — sie wartet nicht, bis sich das Böse entfaltet. Diese Eilfertigkeit war hier nicht zu verspüren. Man wußte nicht, was mit dieser Sache anzufangen sei, denn Pfarrer von Krzesinski ist nicht Pfarrer Szadzinski oder Pfarrer Bartisch.

Die Behörde trat erst dann drohend auf, als Pfarrer von Krzesinski aus ihrem Schweigen Nutzen gezogen hatte nach dem Grundsatz: „Wer da schweigt, obgleich er reden kann und sollte, der stimmt zu.“ Er erklärte, wie er selbst an den Erzbischof geschrieben, daß seine Bekämpfung der Antisemiten ebenfalls durch das Schweigen der Behörde gerechtfertigt sei. Das hat man aufgegriffen und daraus den öffentlichen Vorwurf der „Herausforderung“ der „Loyalität“ gemacht.

Mögen es die Leser beurtheilen, ob alle Schuld auf der Seite des Pfarrers von Krzesinski liegt — wir bitten auf einen Augenblick zu vergessen, daß Pfarrer von Krzesinski für uns bereits ein Deutscher ist.

Wenn sich auch Pfarrer von Krzesinski dieser Wendung bediente, so hätte er sie nicht gebrauchen sollen mit Rücksicht auf die Klugheit.

Er verfuhr leichtsinnig, unpraktisch, denn er konnte und hätte voraussehen sollen, daß dies einen Sturm gegen die vielleicht vom Vorurtheil befangene geistliche Behörde hervorrufen mußte; er hätte auch den Schein meiden müssen, denn seine Behörde nützt selbst den kleinsten Fehltritt aus, sie lenkt vom Kern der Sache ab, klammert sich an den Strohhalme, an irgend etwas noch so Untergeordnetes.

Es verblieb nicht bei der durch den Dekan veröffentlichten, mit der amtlichen Unterschrift des Erzbischofs versehenen harten Rüge; den Rest brachte ein im Kurier veröffentlichter Artikel. Jeder unparteiische Mensch muß diese Art von Rüge verurtheilen. Es war ausreichend, wenn das erzbischöfliche Schreiben veröffentlicht werden mußte. Mit welchem Rechte stellt ein weltliches Blatt einen Geistlichen an den Pranger, mit welchem Rechte plaudert es interne Geheimnisse aus? Die Oeffentlichkeit braucht es nicht zu wissen, daß Pfarrer von Krzesinski aus Eutome verstoßen worden ist. Das Recht, diese Diskretion zu verlangen, besitzt der geistliche Stand, jeder Pfarrer. So etwas thut keine Bureaukratie. Wohin würde diese Praxis führen, wenn der Bischof von jeder Bestrafung eines Pfarrers berichten würde, daß sie infolge „maßgebender Beweggründe erfolgt sei?“ Man muß gegen einen Pfarrer gerecht sein und am meisten gegen einen gehästen. Der Artikel des Kuriers ist nicht dessen eigene Arbeit. Schon die häßliche Uebertreibung charakterisirt ihn, da er von dem „Schwur“ spricht, die geistliche Behörde zu achten und ihr gehorsam sein zu wollen. Von einem Schwur ist niemanden etwas bekannt; es ist nur ein Versprechen. Es geziemt sich nicht, mit Begriffen und Worten Kurzweil zu treiben.

Das Tageblatt und auch andere Zeitungen haben darin recht, wenn sie sagen, daß jener bischöfliche Akt auf die Wahlfreiheit der Wähler Einfluß ausüben könne. Das ist eine klare Sache. Es wird dies durch die Thatsache bestätigt, daß man ihn zu agitatorischen Zwecken benutzt hat, in dem man dies Schreiben unter die Wähler vertheilt und in den öffentlichen Versammlungen an dasselbe erinnert hat. Jeder nimmt an, daß der Erzbischof zu Gunsten des polnischen Kandidaten gewirkt habe. Der Erzbischof wollte und konnte das nicht thun, aber es macht dies einen solchen Eindruck — gegen eine Thatsache läßt sich nicht opponiren.

Schließlich meinen wir, daß keine andere geistliche oder weltliche Behörde mit solchem Pomp und Lärm aufgetreten wäre. Wir sind der Ansicht, daß es genug gewesen wäre, dies alles unter vier Augen abzumachen.

Es bleibt nun noch ein Wort über das an die Geistlichkeit gerichtete Rundschreiben zu sagen, in dem ein scharfer und harter Ton zu spüren ist.

Was verbietet das Rundschreiben unter Androhung harter Strafe? Vor allem muß erwähnt werden, daß, wie wir erfahren, ein Rundschreiben des Erzbischofs Ledochowski existirt, welches der Geistlichkeit jegliche Wahlagitation verbietet. Ist nun dies Rundschreiben aufgehoben worden? Nein, und doch waren wir Zeugen wüthender Agitationen. Der Erzbischof von Stablewski scheint die frühere Verordnung dahin zu modifiziren: „Ich verwehre es nicht, die als geeignet anerkannten Kandidaten zu unterstützen,

wenn dies nur in würdiger und entsprechender Weise geschieht.“ Das ist eine sehr lose Umschreibung, ein unverschlossener Weg zu unwürdiger Agitation. Wir gedenken der wahnsinnigen, unwürdigen Agitation, geschehen unter den Augen der Behörde im Jahre 1893 und auch zu anderer Zeit. Es geschah von Seiten mancher Geistlichen himmelschreiende Mißbräuche. Es wurde das Ansehen des Staates, der Sakristei, der Kanzel und anderer sehr heiligen Stätten gemißbraucht. Natürlich thaten sie das zu Zwecken der höfischen Politik. Neugierig wären wir, ob der Erzbischof auch so geschwiegen hätte, wenn sich irgend ein Geistlicher erdreistet haben würde, auch nur ein Wörtchen zu Gunsten der Kandidatur der Volkspartei, so z. B. zu Gunsten des Herrn Andrzejewski zu reden, als er geschwiegen hat, wie die Geistlichen die Kandidatur des Gegners unterstützt haben. Der Orendownik rügte diese Praxis; der Goniec bekämpfte sie, indem er versicherte: „Wir wissen (wir bitten, dies ausdrücklich zu merken), daß die jungen Vikare und Mansionare vom Dome nicht auf eigene Faust politisiren, sondern vielmehr die Ausführer des Willens ihrer geistlichen Obrigkeit sind und nach deren Inspiration arbeiten“. (Nr. 195, Jahrgang 1893.)

Die jungen Geistlichen vom Dome spielten und spielen nach verschiedenen Richtungen hin eine wichtige Rolle. Daß sie nicht auf eigene Faust politisirt haben, ist Thatsache, wenn auch der Goniec dies nicht versichert haben würde.

Man kann also sagen, daß sich die Versicherung, „daß die geistliche Behörde jeglicher politischer Agitation grundsätzlich fern steht,“ mit der Wahrheit nicht verträgt.

Wir haben noch einen besseren Beweis. Der bedächtige Bischof, das Haupt der geistlichen Behörde selbst, agitierte gar mächtig für die Zwecke der Hofpolitik. Bekannt ist das Telegramm aus Rom zu Händen des Pfarrers Dr. Ranteki in Strelno, bekannt ist der an Dr. Jazdzewski gerichtete Brief, mit einem Worte: wir kennen jene Agitation, an welcher sogar die erzkatolische Germania Anstoß genommen, indem sie dies eine in der Geschichte des Parlamentarismus unerhörte Erscheinung auf Seiten der geistlichen Behörde genannt hat.

Wir können daher diese Erklärung höchstens als eine Bürgschaft für die Zukunft annehmen, einstweilen bleiben wir ungläubige Thomase.

Was sich aus diesem gegenwärtigen Ungewitter noch entwickeln wird, das kann Niemand wissen. Es war dies aber ein falscher Schritt, vielleicht gar ein sehr fataler.

Aus Nr. 270 des Orendownik
vom 27. November 1900:

Stimmzettel.

Von Hamer aus sind von unserer Redaktion Stimmzettel verlangt worden, ebenso von Wollstein aus. In Wollstein hat am Donnerstag eine Volksversammlung stattgefunden, und am Sonnabend früh gelangte die Karte eines dortigen bekannten Bürgers an uns, worin stand, daß keine Stimmzettel vorhanden seien. Wir haben einen entsprechenden Auftrag ertheilt und es sind Stimmzettel abgesandt worden.

Gleich nach Veröffentlichung des Stichwahltermins hat man von uns telegraphisch 6000 Stimmzettel verlangt. Wir erfahren, daß man vom Dziennik telegraphisch 5000 gefordert hat. Das alles sind private Verlangen, denn das Centralwahlkomitee hat 22000 Stimmzettel zur Versendung gebracht. Bis zum vorigen Donnerstag, also eine Woche vor der Wahl, waren zusammen 32000 Stimmzettel versandt. Trotzdem laufen Beschwerden über das Fehlen von Stimmzetteln ein.

32000 Stimmzettel für 8—9000 thatsächlich stimmende Wähler ist nicht allzuviel; denn auf jeden Wählenden entfallen nur $3\frac{1}{2}$ Zettel, während es 4—5 sein müßten, aber anderentheils ist es nicht so wenig, daß es in Wollstein an Stimmzetteln fehlen sollte.

Dasselbe geschah bei der ersten Wahl. Richtig ist, daß das Centralkomitee in einer gewissen Periode nur 15000 Zettel versandt hat, dann sind weitere Tausende zur Versendung gelangt und dennoch fehlte es in gewissen Gegenden an Stimmzetteln. In der Nähe des Komitees gab es auch keine. In manchen Orten mußten Stimmzettel am Orte besonders gedruckt werden, wo aber keine Druckerei vorhanden war, mußte man solche schreiben.

Hier muß augenscheinlich etwas Ungewöhnliches, Geheimnißvolles im Spiele sein. Soweit wir die dortigen Verhältnisse einigermaßen kennen, müssen die vom Posener Centralkomitee versandten Zettel irgendwo in gewissen Punkten in den Kreisen aufgehalten werden. Es muß ein thatsächliches Sequester dieser Karten stattfinden. Nur auf diese Weise kann man sich erklären, daß in Wollstein z. B. am Donnerstag eine Volksversammlung stattgefunden hat und daß am Freitag noch nicht die entsprechende Zahl von Stimmzetteln vorhanden war. Uns ist ein zweiter ähnlicher Fall bekannt, den wir hier nicht mit Namen nennen wollen, wo im Centrum einer lebhaften Agitation alles in Vorbereitung war, wo es aber 4 Tage vor der Wahl an den entsprechenden Stimmzetteln mangelte.

Wir wollen ebenfalls Niemanden persönlich dafür verantwortlich machen, insofern als Graf Matthias Mielzynski aus Köbnitz in dieser Hinsicht alles gethan hat, was menschenmöglich gewesen ist. Dafür ist unsere traditionelle Organisation verantwortlich, die sich nur auf einen Fundamentstein, d. h. auf das Wahlkomitee stützt. Darin steckt die Ursache des Uebels.

In Nr. 273 vom 30. November schreibt
der Orendownik

mit Bezug auf denselben Gegenstand:

„Der Goniec schreibt unter Berufung auf unser Blatt, der Mangel an Stimmzetteln sei die Folge irgendwelcher Zauberstückchen und er stellt allerhand Vermuthungen auf. Wir glauben, daß unser Artikel Niemandem Anlaß gegeben hat, zu so seltsamen Mutmaßungen. Bei den Wahlen fehlt es in vielen Wahlkreisen stets an Stimmzetteln, nur wird wenig davon geschrieben. Heut sind im Wahlkreise Bomst-Meseritz Klagen darüber in die Oeffentlichkeit gerathen; denn unter dem Einfluß einer rührigen Agitation ist daselbst die Volksbewegung erwacht und das Volk begann sich da zu melden, wo es an Stimmzetteln fehlte.“

Aus Nr. 271 des Orendownik
vom 28. November 1900:

Die Einschränkung des Rechts, sich öffentlich zu versammeln.

Von dem Vorstande des hiesigen Schneiderverbandes geht uns nachstehendes Schreiben zu:

Die in Posen immer öfter auftretenden Fälle der Erschwerung des Versammlungsrechts ruft unter der Bevölkerung immer ärgere Erbitterung hervor. Schon die letzte Versammlung im Bazar konnte in einem größeren Saale nicht stattfinden, weil der

Pächter des doppelt so großen Lambert'schen Saals diesen nicht hergeben wollte, weil er befürchtete, daß ihm polizeilicherseits würden Schwierigkeiten gemacht werden. Nicht bei Volksversammlungen allein kommen solche Hinderungen vor. Die Handwerker in Posen und, wie wir erfahren, auch diejenigen in der Provinz kommen in die gleiche Lage. Sie melden die Versammlung polizeilich an und erhalten die im Vereinsgesetz vorgeschriebene Meldebescheinigung; im letzten Augenblick erfahren sie jedoch, daß der Wirth mit einem Male aus von ihm unabhängigen Gründen die Hergabe des Saales verweigert, denn, wie er erläuternd hinzufügt, die Polizei giebt ihm einen Wink. Dem Anschein nach ist also Alles in Ordnung, die Polizei schränkt Niemandens Versammlungsrecht ein, aber die Versammlung kann nicht zu Stande kommen, da der Wirth schließlich die Hergabe des Saales verweigert. Das hat die hiesigen Tischler, Schuhmacher, Töpfer und Schneider getroffen.

Die Fachversammlungen dieser Handwerker haben die Vertheidigung der gemeinsamen Erwerbsinteressen zum Zweck und auch die Erhöhung des Lohnes, zwecks Besserung der Existenz der Handwerker überhaupt. Zu diesem Zwecke schließen sich die einzelnen Fachvereine zu Verbänden zusammen, denn in Masse kann man mehr ausrichten, um sich im Nothfall materiell zu Hilfe zu kommen. Die gedachten Verbände, welche sich in Politik nicht einlassen, werden behördlicherseits als politische Vereine betrachtet und von Polizeibeamten überwacht. Es wäre das für die betreffenden Fachvereine nichts Schlimmes, wenn die Polizei nach der Ertheilung der gesetzlich vorgeschriebenen Meldebescheinigung nicht hinter dem Rücken des Vereins den Lokalinhabern „Wink“ gäbe, was zur Folge hat, daß die Bevölkerung von dem ihr zustehenden Vereins- und Versammlungsrechte keinen Gebrauch machen kann. Diese Verhältnisse haben sich auch den hiesigen Schneidern fühlbar gemacht, die bei verschiedenen Lokalinhabern den Saal zu Versammlungszwecken mieteten, im letzten Augenblick seitens derselben aber im Stich gelassen wurden. Wir müssen Abgaben, sogar Zuschlagsteuern zahlen, z. B. zur Unterhaltung der Handwerkerkammern. Kann man bei den unerhörten Theuerungsverhältnissen allen Lasten gerecht werden?

Wir befinden uns also, wie dies in der letzten Versammlung im Bazar hervorgehoben wurde, in der Lage, daß wir sowohl in wirtschaftlicher, als auch in nationaler Beziehung hintenangesetzt werden, unter solchen Verhältnissen aber müssen wir materiell zu Grunde gehen. Davon sind Alle in Handwerkerkreisen fest überzeugt.

Alle Schneider Posens werden aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, denn nur gemeinsame Kraftanstrengung kann uns helfen. Einzeichnen kann man sich bei Herrn Bertowski, Schuhmacherstraße 11, III.

Der Vorstand des Schneiderverbandes
in Posen.

Auf obigen Aufruf machen wir den Landtags- Abgeordneten Herrn v. Glembocki aufmerksam. Er war in der Versammlung im Bazar anwesend, wenn- gleich ihn das Versammlungskomitee nicht bemerkt hatte, er hat also die Anschauungen der hiesigen Handwerkerkreise kennen gelernt. Wir bezweifeln nicht, daß er sich dieser Sache aufrichtig annehmen wird.

Aus Nr. 328 des Kurjer poznański
vom 4. Dezember 1900:

Schneidemühl.

Der Landrath hiesigen Kreises hat an die Gemeindebehörden Formulare mit der Bitte gesandt, daß in ihnen auf Grund der für die Volkszählung getroffenen Feststellungen für das Landrathsamt, nicht für das Statistische Amt, Rubriken ausgefüllt würden betreffend Name, Stand, Geschlecht, Religion und Muttersprache aller Einwohner. Die hiesigen Zähler erhielten von dem Vorsitzenden der Zählkommission, dem zweiten Bürgermeister Herrn Liebetanz, diese von dem Landrathsamt über sandten Papiere mit der Bitte ausgehändig, sie nur bezüglich derjenigen Einwohner der Stadt auszufüllen, deren Muttersprache nicht die deutsche sei, da die Zählkommission der Ansicht sei, daß die Zählbeamten zu sehr mit Arbeit überlastet wären, wenn sie diese Formulare bezüglich aller Bewohner ausfüllen sollten. Die hiesige Bevölkerung ist dadurch beunruhigt, daß das Material betreffend die Volkszählung anderen als ausschließlich statistischen Zwecken dienen soll, trotz der Versicherung, daß es anderen Zwecken nicht dienen werde. Um so mehr wundert die Einwohner der Stadt der Umstand, daß es sich hier darum handelt, für den Landrath diejenigen Personen zu notiren, welche bei der Volkszählung die polnische Sprache als ihre Muttersprache angegeben haben. Die Verantwortung für diese Mittheilung überlassen wir dem Westpr. Volksblatt, welches sie gebracht hat

Aus Nr. 274 des Ogedownik
vom 1. Dezember 1900:

Schrimm.

Auf die nach Berlin gesandte Beschwerde über die hiesige Post, die seit einiger Zeit nicht allein keine polnisch adressirten Sendungen annimmt, sondern auch hier einlaufende zurückschickt, haben die Interessenten den Bescheid erhalten, die Sache gehöre vor die Oberpostdirektion in Posen — diese hat aber in dieser Angelegenheit bisher keine Antwort ertheilt. Als Kuriosum ist hervorzuheben, daß man sich weigerte, einem gewissen Bürger deshalb Pakete herauszugeben, weil die Adresse „Antoni“ lautete, während sein deutscher Vorname „Anton“ heißt. Interessante Zeiten, das muß man sagen! Diese letzten Nadelstiche erachtet mancher allgemein als die Vergeltung für die herrliche Schrimmer Volksversammlung, die in Sachen der polnischen Sprache veranstaltet worden ist . . .

Aus Nr. 272 des Dziennik poznański
vom 29. November 1900:

Betrifft das Schulwesen.

Die Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht ist in den hiesigen Schulen seitens der Königlichen Regierung den betreffenden Pfarrern, in deren Parochien die Schulen belegen sind, übertragen worden, in den Zählschulen dagegen, d. i. in der Mittelschule für Knaben und diejenigen für Mädchen, sowie in der Bürgerschule wurde mit diesem Amt der Geistliche, Herr Professor Kloske betraut. Die Geistlichen walteten ihres Amtes mit großem Eifer, ja, sie mußten sogar alljährlich dem Herrn

Erzbischof Bericht erstatten und so lange der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wurde, fiel es keinem der Herren Rektoren ein, sich mit diesem Gegenstande näher zu befassen. Nach der Einführung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache änderten sich die Verhältnisse. Der Herr Kreischulinspektor und die Herren Rektoren, deren es in Alt-Posen 9, darunter 7 evangelische, giebt, zeichnen sich bei der Ausübung der Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht durch großen Eifer aus. Ohne vorherige Benachrichtigung der Geistlichen, ja, mit deren völliger Uebergehung halten sie recht eifrig Prüfungen ab und halten fleißig auf die Fortschritte der Schüler in diesem Gegenstande, gehen in ihrem Eifer sogar so weit, daß sie (die evangelischen Rektoren) an die katholischen Kinder selbst Fragen richten und sie in der Religion prüfen. Dies wäre lächerlich und würde sich für die humoristischen Blätter eignen, wenn es nicht für uns so schmerzlich wäre!! Was haben also der Glaubensunterricht, die Herren Pfarrer und der Herr Professor Klose den Herren Rektoren gegenüber zu bedeuten? Dieses Amt ist ihnen ja doch, so viel uns bekannt ist, von der königlichen Regierung übertragen und bis jetzt nicht abgenommen worden, also kann etwas derartiges nur in unseren Gegenden sich ereignen. Das Verfahren der Herren Rektoren ist der handgreiflichste Beweis dafür, wohin die Strömung abzielt, ferner ein schlagender Beleg auch dafür, daß der Religionsunterricht in unseren Landestheilen aufgehört hat, eine Sittenlehre zu sein und nur ein weiteres Mittel der Dressur und der Hintanzekung unserer Sprache geworden ist. Um zu errathen, was daraus für ein Geschlecht erwachsen wird, braucht man kein Wahrsager zu sein, doch was nützt das Alles, wer Wind säet, wird Sturm ernten. Wir möchten nur wissen, ob dies Alles mit Wissen der vorgesetzten Behörde geschieht, denn in diesem Falle würde die Geistlichkeit in der Schule nicht mehr nöthig sein. Früher, als der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wurde, hielt es sehr schwer, aus den zu Schulzwecken bestimmten Geldmitteln einen Katechismus oder eine Bibel als Handbuch zu erhalten, obwohl alljährlich im Stadthaushaushaltsetat bedeutende Beträge zu Büchern für arme Kinder ausgeworfen sind; für Katechismen und Bibeln gab es kein Geld.

Als aber der Unterricht in deutscher Sprache eingeführt wurde, fanden sich sofort Mittel und zwar so bedeutende, daß jedes Kind einen Katechismus und eine Bibel erhielt und zwar nicht nur die Kinder armer Eltern, sondern auch die Schülerinnen und die Schüler der Zahlschulen! Aber ganz recht, unsere Schulen befinden sich in einem fieberhaften Zustande, denn es soll von Berlin aus eine große Revision stattfinden, also muß mit vollem Dampf gearbeitet werden, um sich glänzender Erfolge rühmen zu können und dadurch der aufwiegenderen polnischen Presse den Mund zu stopfen. Die Zeiten sind jetzt nämlich derartig, daß man uns Unrecht thut, daß man uns unseren theuersten Schatz, die Muttersprache verkümmert und wenn wir nur einen Laut der Klage hören lassen, dann ist gleich die Hezypresse daran schuld.

Aus Nr. 275 des Dziennik Kujawski
vom 1. Dezember 1900:

Aus Gembitz.

Aus unserem Städtchen gelangen selten einmal Nachrichten in unsere Zeitungen, obwohl man über Manches Mittheilung machen müßte, damit auch das breitere Publikum hiervon etwas erfahre.

Ich habe zwar keine große Gewandtheit im Schreiben von Korrespondenzen, dennoch wage ich einige Worte zu schreiben, damit auch die Leser des Dziennik Kujawski erfahren, wie man jetzt katholische Schulen einweicht . . . !

Vor drei Wochen fand bei uns die Eröffnung einer vierklassigen Schule statt. Wenn ich, der ich bei dieser Eröffnung zugegen war, und mit mir alle katholischen Väter, daran denke, so treten uns die Thränen in die Augen, und der Schmerz krampft einem das Herz zusammen.

Denn man hat unsere katholischen Gebräuche in keiner Weise beachtet, man hat die Schule nicht mit geweihtem Wasser eingeweiht, man hat die Kinder nicht in ihrer Muttersprache beten, noch dieselben in dieser Sprache irgend eins unserer so schönen Kirchenlieder singen lassen. Statt dessen trat der Kreischulinspektor auf und hielt eine Rede, in welcher er u. A. sagte, wieviel wir der preussischen Regierung zu verdanken hätten. Als dieser Theil Polens, so sagte er, zu Preußen gekommen sei, herrschte hier derartiges Elend, daß sich das Volk nur von Wurzeln und Kräutern ernährte, Brod habe sich nur auf dem Tische der Reichen befunden, für einige Dörfer sei nur ein einziger Backofen vorhanden gewesen.

Ich verstehe nicht, wie der Kreischulinspektor solche Dinge erzählen konnte. Er hätte doch aus der Geschichte wissen müssen, daß es in diesem jetzt so sehr schändlichen Polen nicht so schlimm ausgesehen mußte, wenn oft viele Deutsche zu demselben ihre Zuflucht genommen haben, um dort ihr Brod zu finden, welches sie in ihrer Heimath nicht hatten; er hätte doch wissen müssen, daß dieses arme Polen soviel Getreide bejessen hat, daß es mit demselben nicht nur die Nachbarländer, sondern auch das Ausland versehen hat.

Dieser Herr sprach weiter davon, daß es keine Aerzte, Apotheker, keine Postanstalten gegeben habe, daß in Krankheitsfällen das Volk zu Schäfern, alten Frauen u. s. w. seine Zuflucht genommen hatte, daß die Leute in ärmlicher Kleidung und in Holzpantoffeln herumgegangen seien. Wir wissen sehr wohl, mit wem die Holzpantoffeln und Tabakspfeifen nach Polen eingewandert sind. Und was die Apotheken und Postanstalten anbetrifft, so gab es zu jener Zeit nirgends so viel, wo damals Aberglauben blühte, blüht er auch heut noch, aber dort, woher der Schulinspektor, soviel ich gehört habe, zu uns gekommen ist, nämlich in Berlin am meisten, wo so ungeheurerlicher Aberglaube zu finden ist, wie man in Polen von einem solchen niemals gehört hat. — Ich hätte noch viel auch über andere Dinge zu schreiben, aber ich habe heut keine Zeit übrig. Vielleicht später einmal!

Ein polnisch-katholischer Vater.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Gdańska
vom 27. November 1900:

Zu der Verfügung des Landrathsamts Neustadt (Westpr.) betreffend die Volkszählung

bemerkt die Gazeta Gdanska:

„Das muß man sagen, sehr schön und dabei unzweideutig! Die Behörden bestimmen also über

die Nationalität des Menschen und schreiben ihm von vornherein vor, wie er sich in der bezüglichen Liste eintragen soll. Angefichts dessen bemerken wir:

Die Zählkarten enthalten Rubriken zwecks Zählung der Bevölkerung der Nationalität nach. Da wir in einem Verfassungsstaat leben, haben weder der Landrath noch die Polizeibehörde über unsere Nationalität zu bestimmen, sondern wir selbst. Ebenso, wie die Deutschen keinen Unterschied machen zwischen dem Preußen, dem Bayern, dem Württemberger u. s. w., ebenso machen wir Polen keinen Unterschied zwischen dem Posener und dem Westpreußen. Wer sich also als wahrer Pole fühlt, der wird auch in der ihm übergebenen Zählkarte als Pole die Rubrik polnisch unterstreichen ohne Rücksicht darauf, ob er an der Warthe oder an der Weichsel geboren worden ist.

Landsleute! Laßt Euch also nicht bethören! Sobald man Euch die Zählkarte ins Haus bringt, so unterstreicht ohne Weiteres die Rubrik polnisch, und möge man dann machen, was man will. Wenn man Eure Eintragung ändert, so wird daraus ersichtlich sein, daß es sich Jenen überhaupt nicht darum handelt, die Zahl der Einwohner ihrer Nationalität nach festzustellen.

Es braucht auch Niemand zu befürchten, man werde ihn dafür zur Rechenschaft ziehen, daß er sich offen zu seiner Nationalität bekannt hat; denn das verlangen doch die höheren Behörden, kein Landrath hat also das Recht, irgend welche spezielle Verfügungen zu erlassen, die Eure Rechte einschränken. Die Sache liegt klar auf der Hand.

Die Regierung will die Zahl der Bevölkerung feststellen und darum hat sie die Zählung derselben angeordnet.

In die Zählkarten ist u. A. auch die polnische Sprache aufgenommen, Ihr Landsleute habt also das Recht und Ihr solltet auch eintragen oder auf die bezügliche Frage der Ortschulzen oder anderer Zähler ausdrücklich antworten, daß Ihr Polen seid und unter die Rubrik polnisch eingetragen zu werden verlangt. Wenn einer der Beamten Euch einwendet, Ihr seid Kasuben und keine Polen, dann legt einem solchen Schriftgelehrten am besten eine Nummer der *Gazeta Gdanska* vor, die doch in polnischer Sprache erscheint, und erklärt, daß Ihr sie versteht! Ein vernünftiger Mensch wird dann kaum noch behaupten, ein Kasube sei kein Pole. Wenn man hinterher dennoch die bezügliche Eintragung ändert, ohne Euer Wissen und Willen, so ist das die Sache Jener. Eine solche Zählung wird dann wohl aber keinen Werth haben.

Immerhin, Landsleute, laßt Euch weder einschüchtern, noch bethören, sondern unterstreicht in den bezüglichen Listen nur die Rubrik polnisch. Damit stellt Ihr vor der Welt fest, daß die polnische Nation noch nicht untergegangen ist, obgleich man sie vielleicht schon längst hat begraben wollen. Einigkeit macht stark. Das wissen die Deutschen wohl, und darum suchen sie, um uns desto leichter zu bezwingen, uns in Gattungen einzuordnen, wie Kasuben, Masuren u. s. w., um uns dann um so leichter zu germanisiren. Es heißt das geradezu einen Keil zwischen die polnische Volksgesamtheit treiben, was übrigens jeder leicht wahrnehmen kann. Darum, Landsleute, laßt Euch nicht ins Garn locken, sondern handelt so, wie es Euch das Gewissen gebietet.

Aus dem Posenschen theilt man dem Wielkopolanin mit, manche Kommissare hätten auf den Schulzenkonferenzen empfohlen, die Polen sollten sich nicht als solche, sondern als preussische Unterthanen eintragen. Dummheit! Eine solche Rubrik giebt es

in der Zählkarte nicht. Dagegen giebt es eine Rubrik polnisch und an die wird sich jeder wackere Pole halten."

Aus Nr. 144 der *Gazeta Gdanska*
vom 4. Dezember 1900:

Um einen Marterstock.

Starlin, den 29. Nov.

Gelobt sei Jesus Christus! Diesen altpolnischen Gruß der geehrten Redaktion sowie den Lesern der *Gazeta Gdanska* bietend, schaue ich mich furchtsam um, ob hinter mir etwa ein preussischer Polizist mit dem Ufas steht, daß nach des Herrn Landraths Willen einem andern gestattet sei, ohne seine Erlaubniß diesen christlich-katholischen Gruß anzuwenden.

Wenn nämlich die preussische Polizei entgegen dem durch Königswort verbürgten Versprechen, daß es unter preussischer Herrschaft freistehe, nach den Sitten und Bräuchen unserer Vorfahren zu leben, die Aufstellung von Kreuzen, Marterstöcken und anderen Zeichen des christlichen Bekenntnisses verbieten kann, wie dies aus der unten angeführten Verfügung des Landraths des Kreises Löbau hervorgeht, so könnte man uns mit demselben Recht den katholischen Gruß „Gelobt sei Jesus Christus“ verbieten. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Durch Gottes Gnade habe ich mit meiner Frau im Mai d. Js. eine Pilgerfahrt nach Rom ausgeführt. Zum Andenken an die glückliche Heimfahrt beschlossen wir, in unserem Garten dicht am Wege nicht weit von der Kirche entfernt einen Marterstock aufzustellen, auf welchem neben einem Kreuz und einer Muttergottesfigur auch eine Tafel mit der Inschrift eingemauert werden sollte: „Gnadenjahr 1900“.

Die erforderlichen Steine und Ziegeln hatte ich schon angefahren, das Kreuz und die Tafel sollten dieser Tage eintreffen, Zement war auch vorhanden, und binnen Kurzem sollte der Bau beginnen.

Mit einem Male trifft vom Herrn Amtsvorsteher ein Ufas des Landraths ein. Auf den ersten Blick gewann es den Anschein, daß der Herr Amtsvorsteher aus Wohlwollen gegen mich nicht hat haben wollen, daß ich mich zwecklos Unkosten aussehe und daß er mir dieserhalb eine Abschrift des Ufases des Herrn Landraths zugesandt hat. Denn im Jahre 1897 sind in Lesart, dem Amtssitz des Herrn Amtsvorstehers, gar zwei Marterstöcke ohne jede Hinderung aufgestellt worden. Aber es ist auch möglich, daß der Herr Amtsvorsteher mich deshalb warnt, um später nicht im Auftrage des Landraths den erbauten Marterstock durch amtliche Gewalt wieder niederreißen lassen zu müssen.

In früheren Zeiten hat so mancher christliche König aus Anlaß eines glücklich beendeten Krieges Kirchen gebaut. In der Schweiz, in Bayern und in anderen katholischen Gegenden verdankt so mancher Marterstock und so manches Kreuz seinen Ursprung einem glücklichen oder unglücklichen Ereigniß, das sich an dieser Stelle zutrug. In Krakau, in einer Gasse nicht weit von der Marienkirche, stiftete Jemand eine ewige Lampe, wenn ich nicht irre, zum Andenken daran, daß ihn Gott an dieser Stelle vom unfehlbaren Tode gerettet hat.

Wer Zeitungen, insbesondere deutsche liest, der weiß, daß in fast jeder Woche etwa ein halbes Duzend neue Denkmäler errichtet worden.

In Baden in der Ortschaft Gondelsheim hat ein Magnat, dessen Name mir entfallen ist, da er irisch lautet, seinem Lieblingshund und seinem Reit-

pferde überaus prächtige Denkmäler in seinem Parke errichten lassen. Und hier im Kreise Lübbau, in einer fast rein katholischen Gemeinde, darf man auf eigenem Grund und Boden an der Neige des alten und zu Beginn eines neuen Jahrhunderts kein Denkmal errichten, als ob das Sinnbild des Gekreuzigten bei Jemandem Anstoß erregen könnte.

Ich habe die Absicht, die Sache durch alle Instanzen zu verfolgen. Möglich ist es auch, daß der Zentrumsantrag auf Gewährung größerer Freiheit an die Katholiken in ganz Deutschland solche Polizeifutase in Preußen unmöglich macht.

Die Verfügung des Herrn Landraths mit dem Zusatz des Amtsvorstehers lautet wie folgt:

„Abschrift. Refart, 27. 11. 1900. Die städtischen Polizeiverwaltungen und die Herren Amtsvorsteher ersuche ich, strenge darauf zu achten, daß keine religiösen Denkzeichen konfessioneller Bedeutung, wie Kreuze, Bozamenfas u. s. w. ohne baupolizeiliche Genehmigung errichtet werden. Wo die Errichtung solcher Denkzeichen beabsichtigt wird, ist mir stets vor Ertheilung der Bauerlaubnis zu berichten. Vor Ertheilung meiner Genehmigung ist kein derartiger Bau zu gestatten. Der Landrath. J. B.: Der Kreisdeputirte. Kaul.“

„Herrn Besitzer Johann Piotrowski, Wohlgeboren, Starlin, zur gefälligen Kenntnisaufnahme ergebenst überreicht, da ich gehört habe, daß Sie in Ihrem Garten eine Bozamenka erbauen wollen und ich gestern gesehen habe, daß bereits Steine zum Bau angefahren sind. Sie wollen daher das Weitere vor Beginn des Baues veranlassen, um Weitläufigkeiten zu vermeiden. Der Amtsvorsteher D. Schmied.“

Aus Nr. 141 der Gazeta Gdańska
vom 27. November 1900:

Aus der Kassubei.

Im November.

Schon zum zweiten Male klagt die Gazeta Gdanska über Mischehen zwischen Polen und Deutschen und umgekehrt. Mit Ihnen bedauern wir Alle das, die wir offene Augen haben, nationalgemischte Ehen sind für Polen ebenso wenig werth, wie konfessionell gemischte für die Kirche. Ihr, die ihr auf der Wacht unserer heiligsten Interessen steht, erblickt in der Schaffung eines Heirathsbureaus ein Heilmittel. Daß dieser Rathschlag meisterhaft durchdacht ist, daß er für uns gesund ist und unseren katholischen und nicht-katholischen Feinden das Konzept verdirbt, haben unwillkürlich die Danziger Allg. Ztg. und das Westpr. Volksblatt verrathen — par nobile fratrum —, das muß man sagen. Stecke einen Stock in ein Hummel- oder Wespenneß, und summend, zischend werden die Thiere sich auf ihn setzen und ihn stechen. Ihr habt das gemeinsame Nest dieser Zwillingshummeln angetastet, darum setzen sie sich auf eure Feder und beißen hinein mit Witz. Das Volksblatt, dieser katholische Fuchs, hat einen höllischen Appetit auf Hühner — polnische Mädchen —, aber ehe es dieselben verzehrt, möchte es sie deutsch eimpfeffern. Es reißt über euer Abhelfemittel Wiße, seine Furcht damit verdeckend, denn es ahnt, daß so manches Hühnchen mit goldenen Eiern seinen Mündern entgehen wird.

Am gefährlichsten für die polnischen Hühnchen sind die Herren Dorflehrer. Unsere wohlhabenden Bauernmädchen sind dem Sprichwort: „Der Bauer ist wie eine Mauer“ gegenüber taub, sie möchten

gern Frau Lehrer heißen. Wenn sie einen Lehrer heirathen, brauchen sie nicht so schwere und grobe Arbeiten verrichten, als wenn sie einen Bauern ehelichen. Nun, Gott Amor war dein Brautwerber, du bist heut eine Dame, weil du eine Lehrersfrau bist, aber sage, bist du auch glücklich? Ich kenne wenige solche Damen, die, nachdem sie einen Bauern verschmäht haben, um einen Lehrer zu heirathen, jetzt nicht weinen. Eine von ihnen dreht die Häckselmaschine so nach „Damenart“, daß ihr der Schweiß über das Gesicht rinnt; sie holt Wasser, gräbt den Garten um, — sie ist Dame, Tagelöhnerin, Magd, Sklavin. Eine andere sitzt zu Hause, während ihr Mann zu Besuch geht; er schämt sich, sie mitzunehmen, da sie keine Lebensart besitzt. Eine andere hat grobe, rothe Hände wie ein Krebs. Eine vierte hat zu wenig Mitgift erhalten. Die Eltern der fünften und sechsten haben den Herrn Lehrer betrogen, sie haben versprochen viel zu geben, haben aber bisher nichts gegeben. Und alle diese Lehrerfrauen müssen sich gleich nach der Heirath der schmerzhaftesten Operation unterziehen. Wie einem Specht, damit er ein paar Worte sprechen lerne, wie: „Robert komm!“ oder „Karl hat gestohlen“, die Zunge gelöst wird, so löst das Männchen gleich beim ersten Auftreten der Frau Lehrer nicht bloß ihre bisher polnische Zunge, sondern er schneidet sie ihr vollständig ab. Du darfst, mein Lieb, nicht mehr polnisch sprechen! Selbst im verstohlenen Winkel darfst du Täublein mit deinem Tauber nicht einmal polnisch girren, höchstens durch polnische Pantomimen darfst du dich mit ihm verständigen. Ich rathe dir, selbst dein liebes Gebetbuch bei den Eltern zu lassen, denn wenn der Herr Schulinspektor zufällig in dein Privatzimmer kommt und mit seinen scharfen Augen ein polnisches Gebetbuch erblickt, so runzelt er die Stirn und fragt deinen armen Mann: „Ist das Ihr Gebetbuch?“ „Ach nein, es gehört meiner Frau!“ „So! Ihre Frau ist also eine Polin?“ Von einem wörtlich solchen Vorkommniß habe ich vor einiger Zeit aus sehr glaubwürdigem Munde erfahren.

Polin! Wenn du Hand und Herz in diesen überaus traurigen Zeiten einem Lehrer giebst, so hörst du auf, ein Mensch zu sein! Unseren Busenfreunden sterben wir nicht schnell genug und wir steigen ihnen nicht schnell genug ins Grab. Und doch kennen sie unseren geliebten Sang: „Polen ist noch nicht verloren, so lange wir leben!“ so gut. Sie können unser Begräbniß nicht erwarten, und wir denken gar nicht daran, vor unseren Mitbürgern vom Westpr. Volksblatt zu sterben. Mit unserem Begräbniß haben unsere Todtengräber soviel Kummer, wie jener amtliche Beerdigungskommissar zu Kriegzeiten. Diesem meldet eines Tages ein Lieutenant, daß ein Todter sich durchaus nicht beerdigen lassen wolle. Eine solche militärische Gehorsamsverweigerung wollte dem Herrn Kommissar nicht in den Kopf. Schäumend vor Wuth brüllte er: „Das wäre mir schön! Da könnte Jeder kommen und sagen, er sei nicht todt und lasse sich nicht begraben. Wegen dieser Insubordination sofort mit dem Kerl ins Grab!“

Neugierig bin ich, auf welche Weise die geehrte Redaktion jenes polnische Heirathsbureau ins Leben zu rufen gedenkt. Ich habe zwei Pläne bereit, aber einstweilen will ich sie für mich behalten, denn ihre oder eines der geehrten Leser Ansichten können trefflicher sein. (Wir bitten die Vorschläge nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern sie zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Red.)

Möge das Westpr. Volksblatt, als unser sogenannter Mitbürger, das einen Witz nennen, wenn derselbe nur gut ist, denn ein guter Witz ist Geld werth, sagt der Bauer.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 275 des Dziennik Śląski
vom 30. November 1900:

Betrifft die Volkszählung.

Im letzten Augenblick vor der Volkszählung wenden wir uns an alle Leser und Gönner mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß ihre polnische Sprache als ihre Muttersprache eingetragen werde. Dies ist sehr wichtig. Der Familienvater mag darauf achten und auch seiner Ehefrau befehlen, daß sie dasselbe thue, falls in seiner Abwesenheit Jemand zählen käme. Jeder von uns müßte so handeln, wenn ihm etwas daran liegt, daß bei dem Religionsunterricht in der Schule die polnische Sprache zur Anwendung komme. Der Religionsunterricht ist in dem Leben eines jeden Menschen äußerst wichtig, deshalb muß vor allen Dingen jeder Familienvater sich um denselben kümmern. Wer hiervon überzeugt ist und selbst so gehandelt hat, der mag mit seinen Nachbarn, seinen Bekannten und Verwandten davon sprechen und sie aufmuntern und ihnen in ihr katholisches Gewissen reden, daß sie die Sprache ihrer Väter nicht verleugnen, die sich — wie man zu sagen pflegt, — deshalb im Grabe umdrehen würden. Wir müssen Alle den Muth besitzen, die polnische Sprache als unsere Muttersprache einzutragen. Es kann uns nichts Schlimmes dafür geschehen! Halten wir hier und stets fest zusammen und wir werden gut thun. Es werden solche Leute zählen kommen, die uns vielleicht durch süße Worte zur Eintragung einer fremden Sprache werden überreden wollen oder die uns finster anehen werden, wenn wir die polnische Sprache angeben. Wir dürfen jedoch darauf nichts geben, sondern müssen ruhig und mit Entschiedenheit erklären, daß die polnische Sprache eingetragen werden solle. Sollte Jemand drohen, so bitten wir, uns dies sofort zu melden, damit wir die Sache weiter verfolgen! Mag auch Niemand sich einreden lassen, er müsse die deutsche als seine Muttersprache angeben, weil er sie etwas oder sogar gut beherrscht. So liegt die Sache nicht. Wer hierzu zureden sollte, dem müßte gesagt werden, daß er sich irre. Vor allen Dingen aber mag Niemand denken, daß, falls er die deutsche Sprache angiebt, er zu den feinen Leuten gehören werde. Brüder! In diesen Tagen werden tausende und hunderttausende Gelehrte und Reiche, darunter Bischöfe, Pfarrer, Fürsten, Grafen, Barone, Aerzte, Professoren u. A., die die polnische Sprache als ihre Muttersprache angeben, mag deshalb jeder von uns sich ihnen anschließen. Im Kreise der Unserigen, unter unseren Brüdern von Mark und Blut werden wir uns wohl fühlen. Achten wir die Sprache unserer Väter — das ist ein Gebot Gottes und eine Pflicht des Menschen!

Aus Nr. 270 des Dziennik Śląski
vom 24. November 1900:

Zaborze.

Die Redenhütte löst die Invalidenkasse auf. Die armen Invaliden und Arbeiter haben beschlossen, eine Bittschrift an den Landrath, den Regierungs-Präsidenten und gleichzeitig an den Minister zu senden, um ihnen die traurige Lage zu schildern, in welche sie in Folge der Auflösung der Kasse gerathen müssen. Unterschriften nimmt die Kanzlei des gegenseitigen Unterstützungsvereins in Zaborze, im Wygąsz'schen

Hause am Viehmarkt, neben der evangelischen Kirche, an. Mögen Alle schnellmöglich unterschreiben, ganz gleich, ob sich Jemand mit der Auflösung einverstanden erklärt und das unterschrieben hat, was ihm die Herren Hirschfeld und Bajchanteu zugeschiedt haben, oder ob er sich nicht einverstanden erklärte. Wer es in der Zeitung gelesen hat, möge es Anderen weiter erzählen. Die ganze Angelegenheit kommt im Landtage zur Sprache. Die Abgeordneten werden an die Regierung die Frage richten, weshalb sie nicht die Arbeitgeber auf gesetzlichem Wege zur Gründung einer allgemeinen Hüttenknappschaft zwingen. Die Praca wird darüber mehr bringen, worauf wir die Hüttenarbeiter aufmerksam machen.

Aus Nr. 271 des Dziennik Śląski
vom 25. November 1900:

Zum Regierungs-Präsidenten in Oppeln

ist der frühere Landrath des Kreises Rattowitz, Herr Holz, ein Protestant, ernannt worden. In dieser Weise nimmt die preussische Regierung Rücksicht auf die katholische Bevölkerung und auf die Zentrums-partei! Wir haben uns keiner Täuschung hinzugeben! Wir haben auf keine Rücksicht zu hoffen!

Aus Nr. 272 des Dziennik Śląski
vom 27. November 1900:

Die Bergarbeiterversammlung in Zaborze

konnte am Sonntag, den 25. d. Mts., im Saale des Herrn Szyma nicht stattfinden, weil die Polizei es nicht zuließ. Sie sollte unter sehr starker Betheiligung begonnen werden, da erschien der Polizei-Wachmeister Demitter und löste die Versammlung auf; als Grund der Auflösung gab er an, daß an den Thüren Tafeln fehlten mit der Bezeichnung, wo im Falle der Gefahr oder Ueberfüllung der Ausgang sei. Die Arbeiter gingen ruhig auseinander, doch sie waren sehr entrüstet darüber, daß die Versammlung aus solchen Gründen aufgelöst wurde. Und es muß thatsächlich Jeden entrüsten, daß die Polizeibehörde so wenig rücksichtsvoll war und in der Weise verfahren ist. Der Einberufer der Versammlung müßte sie deshalb verklagen, damit es sich herausstellt, ob es gestattet ist, unter der preussischen Regierung in dieser Weise zu verfahren. Unserer Ansicht nach ist die Polizei dazu da, um die Bürger vor der Gesetzes-übertretung zu schützen, d. h. um sie zu warnen. Dieser Ansicht sind Viele. Die Polizei in Zaborze hätte doch Herrn Szyma darauf aufmerksam machen können, daß die Tafeln fehlten und er hätte sie anbringen lassen. Weshalb hat übrigens die Polizei dies nicht schon früher bemerkt? Die Polizei konnte doch den Einberufer beizeiten darauf aufmerksam machen, daß der Saal überfüllt sei, daß deshalb Niemand mehr eingelassen werden dürfe. So wird an anderen Orten verfahren und Alles ist in Ordnung. Die Polizei in Zaborze geht scharf vor — aus welchem Grunde sie das thut, darüber kann Jeder seine besondere Meinung haben. Die versammelten Bergarbeiter wissen recht gut, was sie davon zu halten haben. Sie werden es nicht vergessen, daß die Polizei unter der preussischen Regierung die Versammlung ruhiger Leute, die über die Aufbesserung ihrer Lage berathen und für einen auskömmlichen Lebensunterhalt sorgen wollen, aus solchen Gründen

auflöst. Die polnischen Arbeiter sehen, daß sie von der preussischen Polizei auf keinerlei Rücksicht zu rechnen haben. Dies müssen sie im Gedächtniß behalten und dementsprechend stets und überall verfahren, natürlich ohne die gesetzlichen Vorschriften jemals zu überschreiten. Wir möchten wohl wissen, ob die Polizei in Zaborze in der Weise verfahren würde, wenn es sich z. B. um eine Versammlung des „Krieger-“ oder „Flottenvereins“ oder eines ähnlichen Vereins handelte? Möge sich das Jeder überlegen. Wenn die Versammlung auch nicht stattgefunden hat, so irren doch diejenigen, die da glauben, daß die Arbeiterbewegung dadurch aus der Welt geschafft sei. Jeder vernünftige Bergarbeiter, der im Regen zu der Versammlung gekommen ist, ist ein eifriger Agitator für die Arbeitersache geworden. Solche Schwierigkeiten wecken Enthusiasmus. Möchten doch die Zaborzener Bergarbeiter sich Alle vereinigen, um das zu erreichen, was sie mit Recht zu fordern haben. Die Bergarbeiter sehen, daß die Organisation (der Beuthener Verein), nach Kräften dafür sorgt, doch großen Schwierigkeiten begegnet, die sie jedoch siegreich überwinden wird, wenn sich Alle ehrlich zu einem Ganzen vereinigen und mit Ausdauer für die Verbesserung ihrer Lage agitieren werden.

Aus Nr. 49 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 4. Dezember 1900:

Lipine. Aus der Zinkhütte Silesia III.

Die Sitzungen unserer Hüttenkassen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Niemals erfährt ein Arbeiter irgend etwas davon. Die Wahlen sind gewöhnlich öffentlich, denn alle Diejenigen haben Kenntniß davon, die der Beamte im letzten Augenblick geruhte, rufen zu lassen. Wir wünschen Alle, von den Sitzungen und den Wahlen rechtzeitig und ausführlich in Kenntniß gesetzt zu werden. Der Älteste mag sich eine Abschrift der Rechnung geben lassen, um sie zu veröffentlichen.

Die Wohnhäuser auf Silesia III, dort wo die galizischen Arbeiter wohnen sollen, werden jetzt in einem besseren Zustande erhalten, denn die Herren ließen sie reinigen, streichen und sogar Bettstellen mit Matratzen aufstellen, leider aber erst jetzt, seit die Polizei etwas mehr aufpaßt, weil die Ausländer das Haus bewohnen sollen. Die hier ansässigen Leute konnten früher wer weiß wie lange bitten und Niemand kümmerte sich darum, denn bei manchen Arbeitern waren die Defen sogar mit Drähten zusammengebunden.

Wilhelminenhütte.

Die Giesche'sche Invalidenkasse hat so große Fonds, daß Herr Bernhardini die Invaliden um 15 Prozent, die Waisen um 100 und die Wittwen um 50 Prozent aufbessern will. Am 9. Dezember findet eine Sitzung der Kassenältesten statt. Die Hüttenarbeiter wünschen sich eine einheitliche Knappschaft. Es sollen in der Giesche'schen Kasse sich über eine Million Mark befinden. Die Arbeitgeber wollen es durchsetzen, daß die Arbeiter aus anderen Zinkhütten, z. B. diejenigen aus Lipine zu uns und die aus Welnowitz nach Lipine u. s. w. kommen dürfen. Die Bukowitzer Kasse soll das meiste Geld haben, deshalb wollen die Arbeit-

geber es nicht gestatten, daß eine einheitliche Kasse bestehe. Sie wollen höchstens das von dem Arbeiter eingezahlte Geld derjenigen Kasse zuschicken, welcher er beitrifft, wenn er anderswo in Arbeit tritt. Dies dürfte nicht vorkommen. Möge der Minister die Arbeitgeber durchaus gesetzlich zu einer einheitlichen Knappschaft zwingen.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 276 des Dziennik Berliński
vom 1. Dezember 1900:

Wir erhalten folgenden

Aufruf!

Geehrte Damen, verehrte Landsmänninnen!

Ihr kennt den Verein polnischer Sänger „Harmonia.“ Ihr kennt seine Ziele, seine Arbeit! Die sichtbaren Früchte dieser Arbeit sind zwar gering, umso größer aber die moralischen. Wie sie aber auch immer sein mögen, in jedem Falle ist diese Arbeit mit der besten Absicht aufgenommen worden, um den Gesang in der Muttersprache zu pflegen und damit der Nation zu dienen.

Fremd war der „Harmonia“ stets die Sucht nach Amüsement. Ihre einzige, ehrenwerthe Arbeit besteht in dem Lösungswort „Heil dem polnischen Viede!“ Das ist der Zweck ihres Lebens.

Eine ansehnliche Schaar junger Leute ist in die Reihen der Harmonia eingetreten, um mit gemeinschaftlichen Kräften an der Stärkung des heimathlichen Gesanges zu arbeiten. Der Verein merkt indessen, daß sein Wirkungsgebiet zu eng ist und daß die Klänge dieses Gesanges, welche in seinem Kreise erschallen, mittelbar weiter reichen müssen. Die Zeiten sind für die Nation schwer, ja wohl am schwersten gerade in der Gegenwart. Es bedarf Seitens der Nation der größten Anstrengungen damit sie ihre geistigen Schätze bewahre und das nationale Feuer nicht erlöschen lassen.

In der Ueberzeugung, daß die Mutter, welche die Tragweite des heimathlichen Liedes begreift, die beste Wächterin dieses Feuers ist, hat der Verein „Harmonia“ beschlossen, den Kreis seiner Wirksamkeit auszu dehnen und euch, geehrte Landesmänninnen, zur gemeinsamen Arbeit zu berufen. Welche von euch den Heimathsgesang lieben gelernt hat, wird als Mutter nicht zulassen, daß derselbe im Familienkreise untergehe, sie wird durch diesen Gesang ihren Kindern eine Waffe verschaffen, welche alle Versuche, diese zu entnationalisiren, zurückzuschlagen wird. In einer besonderen Abtheilung sollt auch ihr das polnische Lied pflegen und mehr lieben lernen.

Um diese Abtheilung zu begründen und um über die gemeinsamen Wege, welche von der Männer- und Damenabtheilung einzuschlagen sind, um der Gesamtheit möglichst großen Nutzen zu bringen, sich zu verständigen, laden wir euch, geehrte Damen, zu einer gemeinschaftlichen Berathung auf Sonntag, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in das Lokal Armin-Hallen, Kommandantenstr. Nr. 20 ein.

Durch zahlreiches Erscheinen werdet ihr unserem Plane willfahren, und euere Liebe zum heimathlichen Gesange dokumentiren.

Heil dem polnischen Viede!

Der Verein polnischer Sänger „Harmonia.“

Aus Nr. 274 des Dziennik Berliński
vom 29. November 1900:

Die Volksaufklärung im Königreich Polen. (Fortsetzung.)

Wie groß die Begeisterung der Gesamtheit für die Arbeit an der Volksaufklärung ist, dafür zeugt z. B. die Thatsache, daß trotz öfterer Verhaftungen in dieser Angelegenheit die Arbeit nicht einen Augenblick eine Unterbrechung erleidet. Im September 1898 wurden wegen Einführung nicht legaler Bücher und Verbreitung derselben unter das Volk 49 Personen verhaftet, ein Urtheil hat die russische Regierung bisher nicht gefällt, dasselbe werde jedoch voraussichtlich sehr hart ausfallen, das aber wird den Fortschritt der Aufklärung nicht aufhalten.

Wie gefährlich zeitweise die Konkurrenz der russischen oder doch der von der Regierung herausgegebenen polnischen Bücher ist, dafür dient z. B. die folgende authentische Thatsache zum Beweise.

Einer unserer hervorragendsten Emographen, Herr G., fuhr einmal durch ein Dorf und machte dort Raft. Als er durch das Dorf ging, erblickte er einen jungen Menschen, welcher auf der Thürschwelle saß und ein Buch las. Herr G. trat auf ihn zu, um sich zu überzeugen, was das für ein Buch wäre, und er sah, daß es ein russisches Buch sei. Auf Befragen der Bäuerin, der Mutter des Kindes, weshalb sie dem Jungen russische Bücher gebe, es gäbe doch genug polnische, erhält er die Antwort: „Gewiß, es giebt auch unsere eigenen, aber die sind nicht so schön; hier wird davon geschrieben, wie die heilige Jungfrau den Zaren gerettet hat u. s. w.“

Wir sehen also, daß das Volk es vorzieht, Bücher religiösen Inhalts zu lesen, als andere hauptsächlich naturwissenschaftliche, welche von der Zensurbehörde erlaubt worden sind. In Gegenden also, wo dem Volke keine illegalen Bücher zur Verfügung stehen, und wo nur legale Bücher erhältlich sind, welche meist einen äußerst trockenen Inhalt besitzen, dort bürgern sich die russischen oder amtlich-polnischen Bücher leicht ein, indem sie in verlockender Weise ihr geistiges Gift einimpfen.

Unser Volk liebt vor Allem Bücher erzählenden Inhalts, z. B. alle historischen Legenden aus der heiligen Geschichte, aus dem Leben der Heiligen, Fabeln u. s. w. Weshalb das gerade der Fall ist, dafür giebt das geistige Niveau unseres Volkes Aufschluß.

Dieses Niveau ist äußerst niedrig, man kann es mit dem Geiste eines Kindes vergleichen.

Das Kind entwickelt seinen Geist nicht durchs Lesen, sondern es findet auch durch älteren und intelligenten Umgang eher Geschmack an wichtigeren Büchern. Unsere Bauern aber besitzen nur Bücher, aber keinen Umgang, denn den christlichen sieht er nur in der Kirche und kennt ihn von dorthier, den Verwalter nur von den Angelegenheiten her, welche er mit ihm manchmal zu erledigen hat, ein Dorfschullehrer aber, welcher seine Pflichten begriffe und seinen Zweck nicht bloß darin erblickte, die russische Sprache dem Verstande der Kinder einzuprägen, sondern auch im polnischen Sinne in der Schule und außerhalb derselben zu arbeiten, ist eine seltene Ausnahme. Dem Bauern bleibt manchmal in mehrmonatlichen Zwischenräumen gewöhnlich nur derjenige zur Aussprache übrig, welcher ihm Bücher anbietet, verbotene Bücher, welche aber seiner Bauernseele sehr ansprechen.

Unser Volk steht daher, kann man sagen, auf dem allerniedrigsten Bildungs-Niveau. Man muß in ihm, wo das noch nicht der Fall ist, Lust zum Lesen erwecken, die Nothwendigkeit hierfür darthun und es dann nicht etwa sprungweise, sondern Schritt für Schritt, langsam, wie ein kleines Kind, weiter geleiten.

Nachdem es lesen gelernt hat, geben wir dem Kinde Fabeln, Erzählungen; unser Volk befindet sich in diesem ersten Bildungsstadium; es versteht zu lesen und beginnt zu streben, aber zu seinem Unglück erhält es nur Bücher in die Hand, welche sein geistiges Niveau um mehrere Stufen überragt, Bücher über die Schöpfung der Welt, über die Planeten, über die Entstehung der Berge, Bücher wirthschaftlichen, sozialen, naturwissenschaftlichen Inhalts u. s. w., was zu verfrüht ist.

Das kann der Bauer nicht lesen, denn das versteht er nicht, es ist für ihn zu schwer verständlich, und indem er sein Streben befriedigen will, in seiner eigenen Sprache aber nichts erhalten kann, deshalb greift er nach dem Fremden, was er lernen muß und woraus er schöpft. Ob das vortheilhaft ist — darüber ist jedes Wort überflüssig.

Man kann schließlich auch Bücher solchen Inhalts nicht ausrotten, man muß lernen, was in anderen Ländern geschieht und geschehen ist, man muß auch darauf achten, daß unser Volk sehr religiös ist, fest an seinem Glauben hängt, man muß deshalb seinen Glauben achten und ihm nicht Bücher religiösen Inhalts vorenthalten. Legenden, Lebensbeschreibungen von Heiligen u. s. w., was am besten der verstorbene Fürst Smeretynski in der von ihm herausgegebenen Dziwna verstanden hat. Ich glaube, daß es ohne Schwierigkeiten für den Verfasser und von großem Vortheil für den Leser wäre, Lebensbilder, Legenden u. s. w. mit einer historischen Beschreibung des Landes, der Zeit, der Sitten u. s. w. zu verknüpfen.

Erst später kann unser Bauer andere Bücher lesen. Erst dann wird man ihm Bücher aus seinem eigenen Leben geben können, ihm schildern, wie er lebt, mag diese Beschreibung bis in die kleinsten Punkte hinein lebensgetreu bleiben, mag der Bauer, wenn er so etwas liest, sich selbst in dieser Beschreibung erkennen, mag er Zutrauen zu dem Schreiber gewinnen, und dann kann man ihm ja die Existenz seiner Vorfahren schildern, und der Unterschied, welcher zwischen dem damaligen Leben und dem heutigen existirt, was er Böses und Gutes besitzt.

Die Beispiele aus dem Leben des Volkes wird man nehmen können, wie sie sich wirklich zugetragen haben. So wird der Leser auch befriedigt werden und wird aus dem Buche wahren Nutzen ziehen, vor Allem aber wird er nicht nach russischen Büchern suchen.

Auch hier läßt der Feind nicht auf sich warten, sondern betreibt seine Campagne, man muß ihm das zuerkennen, flug und daher mit Erfolg.

Vor Allem muß man die Aufmerksamkeit auf historische Bücher lenken. Es sind in letzter Zeit selbst in Warschau billige und leicht verständliche Geschichtswerke über Polen erschienen, aber nur bis zur Zeit der Theilung, über unser Leben nach der Theilung Polens ist sehr wenig vorhanden, und solche Werke, welche existiren, sind garnicht verbreitet, wie z. B. das Werk von Chociński. Bei der Erwähnung desselben wird mancher die Achseln zucken, gut vielleicht entspricht dasselbe nicht in allen Punkten den Anschauungen der Jugend, aber solange man kein anderes besitzt, muß man sich mit ihm begnügen.

Die beständig zunehmende Bewegung der Volksaufklärung, welche jetzt noch durch das Entgegenwirken der offiziellen Propaganda hervorgerufen wird, kann diese Lücken in den Bibliotheken auf den Dörfern vervollständigen.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański
vom 28. November 1900:

Freienwalde (Provinz Brandenburg).

Der bekannte Herr Bovenfchen gründete hier eine Filiale des Hafatevereins. Er sprach auch über die Polengefahr und über die Zwecke des Vereins, hauptsächlich aber griff er die Polen an. Mit Entrüstung erwähnte er, daß Krakau jetzt eine polnische Stadt sei, während noch im Jahre 1586 alle kommunalen Angelegenheiten in deutscher Sprache niedergeschrieben worden seien. Er sprach ferner über die Offkulation, über Revolutionen und den Marcinkowski'schen Unterstützungsverein, der ihm ein Dorn im Auge ist. Auch schonte er seine Galle der polnischen Propaganda gegenüber nicht. Geld haben die polnischen Reformatoren im Ueberfluß; woher sie es nehmen, ist fast unverständlich. So drückte er sich wörtlich aus und forderte zu Beiträgen für die Hafatisten auf. Großen Enthusiasmus hatte er nicht hervorgerufen, immerhin hat sich die Reise bezahlt gemacht.

Aus Nr. 143 des Wiarus Polski
vom 1. Dezember 1900:

Bericht

über die Thätigkeit des St. Stanislaus-Bereins in Wilhelmsburg

für die Zeit vom 5. Juni bis zum 21. Oktober 1900

Wilhelmsburg bei Hamburg.

Die Einnahme des Vereins im verflossenen Halbjahr betrug 155,10 Mk., zusammen mit dem Rest aus dem verflossenen Halbjahre, welcher 111,80 Mk. betrug, 266,90 Mk. Die Ausgabe des Vereins belief sich auf 118,21 Mk., es verbleiben demnach in der Kasse 164,82 Mk. Der Verein besitzt zwei Bibliotheken, eine davon ist Eigenthum des Vereins, sie umfaßt 125 Bände, die andere ist Eigenthum des Volksbibliotheken-Vereins in Posen und umfaßt 173 Bände. Außerdem besitzt der Verein eine Theaterbibliothek, welche sich aus 16 Werken zusammensetzt. Es fanden 14 Vereinsversammlungen statt und zwar eine Jahresversammlung, eine Vorstandssitzung und 12 ordentliche Versammlungen. Der Verein zählte im verflossenen Halbjahre 76 Mitglieder. 17 davon sind aus verschiedenen Gründen ausgeschieden. Gegenwärtig zählt der Verein 59 aktive und 2 Ehrenmitglieder. Mit der Fahne trat der Verein viermal auf, Vergnüngen veranstaltete er vier, außerdem feierte er das Fahnenweihefest. Dem Vorstände gehören an: Pfarrer Augustin Böttcher als Ehrenvorsitzender, Pfarrer Franz Klaus als Ehrenmitglied, St. Drabonski als Vorsitzender, W. Grzeskiewicz als sein Stellvertreter, A. Brandyt als Schriftführer, A. Matylewicz als sein Stellvertreter, Johann Nowak als Kassirer, W. Tomczak als sein Stellvertreter, S. Szymkowiak als Bibliothekar, Andrzejewski als sein Stellvertreter, A. Cociemba als Fahnenträger, A. Zinski als dessen Stellvertreter, J. Paul und S. Stepa als Fahnenjunker, J. Bauer und W. Konieczny als deren Stellvertreter, J. Tenzyl, J. Dremel und P. Skowronski als Beisitzer, Regidius Zinski und Wacław Grzeskiewicz als Kassensprekoren. Die Versammlungen finden regelmäßig Sonntags Nachmittags um 4 Uhr im Lokale von J. Stüben, Reihersstieg Nr. 8 statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

Stanislaus Draboncki, Vorsitzender, Andreas Brandyt, Schriftführer.

Aus Nr. 143 des Wiarus Polski
vom 1. Dezember 1900:

Sage mir, mit wem Du verkehrst und ich werde Dir sagen, wer Du bist,

sagt richtig ein Sprichwort, und deshalb gerade rathen die Hafatisten, die Polen in der Fremde in die deutschen Kriegervereine, Turnvereine u. s. w. hinein-zuziehen, denn sie glauben, daß es mit deren Hilfe um so leichter sein wird, die Polen zu verdeutschen. Wer von den Polen bisher zu den deutschen Vereinen hingetrochen ist, muß aus ihnen sofort austreten, denn diese haben es auf seine Nationalität abgesehen. Wie viel Polen kann man aber in der Fremde in deutschen Vereinen finden! Leider! Möchten diese doch immer an das oben angeführte Sprichwort denken! Mag sich keiner damit ausreden, daß er aus diesem oder jenem Grunde einem deutschen Vereine angehöre, daß er sich auch so nicht verdeutschen werde, aber das angeführte Sprichwort enthält eine große Wahrheit! Der Pole, welcher deutsche Vereine besucht, wird mit der Zeit gegen die polnischen Angelegenheiten gleichgiltig und im Geiste ein Fremder, oft geht er sogar für das Polenthum ganz und gar verloren. Heute, wo alles darauf ausgeht, den Polen in der Fremde so bald wie möglich ihre Nationalität zu rauben, darf kein Pole, welcher will, daß er für einen guten Polen gehalten wird, fremden Vereinen, sondern ausschließlich nur polnisch-katholischen Vereinen angehören!

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 48 der Gazeta Robotnicza
vom 1. Dezember 1900:

Hamburg.

In der Versammlung des polnisch-sozialdemokratischen Vereins vom 11. November hielt Genosse Polnierkiewicz einen Vortrag über das Thema: „Die neuesten Ereignisse in allen drei Theilungsländern.“ Im preussischen Antheil ger-manisire man, die Regierung verbiete den polnischen Unterricht in den Schulen und man setz sogar Gefängnißstrafen für die Ertheilung von Privatunterricht fest. In Kongreßpolen trachte die barbarische Regierung danach, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, sie verurtheile unschuldige Opfer zur Todesstrafe und zur Verbannung nach Sibirien, welche in die Netze von Spikeln gefallen sind, Diese Morde erfüllten jedoch ihren Zweck nicht, weil sie immer größere Erbitterung im Volke hervorriefen und die sozialdemokratische Propaganda werde immer lauter. In Galizien lenke die Bewegung der Demokraten und deren Kongreß die Aufmerksamkeit auf sich, woselbst viel berathen, viel Zeit mit leeren Phrasen vertrödelt worden ist, welche keinerlei Nutzen bringen, nur soviel sei zu bemerken, daß sie erst erwacht ist, nachdem die Sozialdemokraten zu ihrer Liquidation beigetreten ist.

Bei der Diskussion bestätigten die Genossen Prusiewicz, Zalsinski und Andere die Ausführungen des Referenten und insbesondere, daß wir Arbeiter selbst an diesen Placereien unserer Feinde, welche uns quälen, schuld sind. Wir ernähren die ganze Welt, produziren Alles, was auf derselben vorkommt, trachten aber für uns selbst nicht nach geeigneten Gesetzen und ertragen geduldig alle Verfolgungen. Auf die Demokraten könne sich die Nation nicht verlassen, diese haben für das Volk noch nichts gethan. Die Posener Volksparteiler veranstalten Versammlungen

bei verschlossenen Thüren, um die Arbeiter auszuschließen, damit diese ihnen die Wahrheit nicht sagen. Die Bitten beim Erzbischof von Stabłowski nützen auch nichts, dieser habe es mit den Polen niemals gehalten. Nur wir allein sind im Stande, dem Uebel abzuhelpen und die Verbote und die barbarische Zivilisation wird verschwinden, welche jetzt in China verbreitet wird.

Der Genosse Antkowiński erstattete Bericht über das Sommervergnügen, welches in Schiffsbeck veranstaltet worden ist. Die Ausgabe betrug 91,60 Mk., die Einnahme 100,90 Mk., der Ueberschuß 9,30 Mk. Auf Befragen des Genossen Sloty erklärte der Vorsitzende, daß eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt worden ist, um ein Reglement für die Fährne auszuarbeiten. Genosse Jędrzejowski wies darauf hin, daß die Genossen mehr Beiträge zahlen möchten, denn Geld sei zur Agitation nothwendig, auch an den Hauptvorstand in Berlin müssen wir etwas absenden, damit diese in der Lage wären, Agitatoren nach dem Posenischen und in andere Gegenden zu entsenden. Genosse Sikorski war der Ansicht, daß Bors in Fabriken praktischer seien. Hierauf schließt der Vorsitzende die Versammlung mit den üblichen Formalitäten.

A. Piotrowski.

Aus Nr. 242 des Krafauer Naprzód
vom 1. Dezember 1900:

Eine Jahresfeier zur Erinnerung an den Novemberaufstand veranstaltete am Donnerstag, den 29. November, in Krafau eine Anzahl junger Leute, an deren Spitze Professor Lutosławski steht. Früh fanden in fast allen Kirchen Krafaus Andachten statt, unter welchen sich der Gottesdienst in der Marienkirche durch die ansehnliche Zahl der Kirchengänger besonders auszeichnete. Hierauf legten viele Personen Blumen auf dem Kosciuszko-Hügel nieder. Nachmittags um 3 Uhr sollte Professor Lutosławski in der Vorhalle zur Jagiellonen-Bibliothek einen Vortrag über „Die nationale Idee“ halten. Zur festgesetzten Stunde versammelten sich dort etwa 600 Personen beiderlei Geschlechts, der Intelligenz angehörend, Studenten und Gymnasialisten. Im letzten Augenblick aber erließ der Rektor der Universität, Dr. Jakubowski, ein schriftliches Verbot, wonach der Vortrag im Bibliotheksgebäude nicht gehalten werden durfte; Professor Ostreicher hatte auf eigene Faust, ohne den Rektor hiervon in Kenntniß zu setzen, dem Professor Lutosławski erlaubt, den Vortrag dort zu halten. In Anbetracht des Verbots führte Professor Lutosławski (in Gorallen-Kostüm) die Versammelten nach dem Jordan'schen Park und hielt dort eine über eine Stunde lange Rede, worauf Alle ruhig auseinandergingen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 329 des Dziennik Polski
vom 27. November 1900:

Großpolnische Propaganda.

Lemberg, den 26. November.

Der preußische Hakatismus hat jetzt zweifellos völlig neue Bahnen betreten, um das polnische Volk zu bekämpfen. Es genügen ihm nicht mehr die

200 Millionen aus dem Staatsfonds zu Ansiedelungszwecken in dem Herzogthum, es genügen ihm nicht die verschiedenartigsten politisch-administrativen Verfolgungen, die Beseitigung der polnischen Sprache aus der Schule und, soweit es möglich ist, aus der Kirche (vergl. das Verbot der Veranstaltung polnischen Gottesdienstes für die polnischen Arbeiter in Westfalen), er fängt jetzt an, unsere Landsleute unter Preußens Szepter vor der öffentlichen Meinung in Deutschland in der Weise zu verleunden, daß er in Form von galizischen, an die preußischen Blätter gerichteten Artikeln aus Galizien ein wahres Nest von revolutionären Verschwörungen macht. Von hier aus geht angeblich die patriotisch-revolutionäre Propaganda nach Posen und unsere dortigen Politiker sind nur das passive Werkzeug in den Händen der chauvinistischen galizischen Verschwörer. Dies ist ungefähr der leitende Gedanke des unlängst in der Posener Zeitung abgedruckten, von einem „galizischen Slaven“ unterschriebenen langen Artikels, dessen Wortlaut wir gerne wiedergeben möchten, wenn er nicht gar zu umfangreich wäre. Was die Persönlichkeit des „galizischen Slaven“ anbelangt, so haben wir den begründeten Verdacht, daß es weder ein Slave, noch ein Galizier, sondern vielmehr ein preußischer, in Lemberg ansässiger Beamter ist. Zu diesem Verdacht werden wir durch den Umstand verleitet, daß sich in jenem Artikel bureaukratisch abgeschriebene und mit Daten versehene Auszüge aus verschiedenen galizischen Blättern befinden, die auf den Besitzer eines Kanzleiarchivs schließen lassen, welches ein gewöhnlicher Berichterstatte sich anzuschaffen nicht in der Lage sein dürfte! Denn welcher Journalist oder Privatmann kann oder ist überhaupt im Stande, sich Jahrbücher sämtlicher in Galizien erscheinender Blätter, Broschüren und dergl. anzuschaffen? Und gerade in diesen Artikeln sind Stellen aus den Monaten März und Oktober 1899 enthalten! Dies beweiset doch, daß der Verfasser dieser, sicherlich auf Bestellung des Hakatismus geschriebenen Artikel eine Person ist, der von Amtswegen die Pflicht obliegt, täglich aus den polnischen, in Galizien erscheinenden Blättern alle Artikel und auf Preußen und Deutschland sich beziehenden losen Stellen zu sammeln, worauf er die betreffenden Nummern der Blätter seinem Archiv einverleibt. Daß dieser Herr sich einer Lüge mehr schuldig machte und sich „ein galizischer Slave“ unterschrieb, ist nichts Wunderbares. Er wollte wahrscheinlich die naiven Augen von seiner Person ablenken. . . Doch ganz abgesehen von dem Verfasser! Möge er sein, wer er wolle, in den Augen eines jeden ehrlichen Menschen ist er eine „Kanaille“, denn er bedient sich gemeiner Lügen und Verleumdungen. So dumm ist doch wohl der Herr sicherlich nicht, daß er nicht wissen sollte, was und zu welchem Zwecke er es thue. Und um diesen Zweck geht es uns gerade. Wie wir es unlängst bemerkt hatten, bereitet sich der Hakatismus vor, gegen die Polen einen neuen und gewaltigen Schlag zu führen. Es handelt sich vielleicht darum, Ausnahmegeetze für Großpolen zu erlassen, was sich jedoch wieder nicht so leicht durchführen läßt, denn der deutsche Reichstag und der preußische Landtag setzt sich glücklicherweise nicht aus lauter Polenfreßern zusammen. Um dies jedoch vielleicht nach einiger Zeit durchzuführen, ist es nöthig, die öffentliche Meinung in Deutschland mit Hilfe der dem Hakatismus ergebenen Presse im polenfeindlichen Sinne vorzubereiten. Und diese Vorbereitung oder vielmehr Bearbeitung muß schon eine andere sein, wie die bisherige es war. Die den Posener Polen ewig zum Vorwurf gemachte Verschwörung gegen Preußen ist den Deutschen schon zuwider geworden, denn sie sehen aus der Nähe, daß dies nicht wahr ist, daß die von den Hakatisten erwünschten Polen hundertmal weniger den deutschen

Staat bedrohen, als es z. B. die Hannoveraner und Sozialdemokraten thun. Sie kamen daher auf den Gedanken, Galizien, via Lemberg, zum „polnischen Piemont“ zu stempeln und aus ihm eine Gesellschaft von Verschwörern zu machen, die mit dem Schwert in der Hand bemüht sind, die ehemalige Unabhängigkeit zu erkämpfen und die zu diesem Zwecke das Herzogthum Posen fortwährend zum Kampfe gegen Preußen und das Deutschthum aufwiegeln. Deshalb hat wohl ein preussischer Bureaubeamter einen Wink erhalten, anscheinend auf authentischer Unterlage, namentlich auf Grund von Originalartikeln aus galizischen Blättern ein Bild der großpolnischen Verschwörung zu entwerfen, welches das jetzige Galizien darstellt. Der Beamte erledigte seine Aufgabe so, wie er es verstand. Er entnahm aus verschiedenen Artikeln lose Sätze, entstellte die Thatfachen, begoß das ganze mit einer Haß- und Gifttunke — und die Posener Zeitung hatte einen sensationellen Artikel über die großpolnische Propaganda in Galizien. Wir sind jedoch überzeugt, daß dies erst der Anfang der „ehrenvollen“ Arbeit ist. Die Artikel der Posener Zeitung werden natürlich von allen preussischen und preußenfreundlichen Blättern übernommen, nach einiger Zeit erscheint wieder in einem anderen Blatte ein Artikel oder ein Brief aus derselben Feder und so geht es dann weiter, bis ins Unendliche. Calumniare audacter — das ist ein altes, aber immer noch gebräuchliches Losungswort der Verleumder und Verfasser von Schmähschriften, denn auf hundert Leser muß sich ein gewisser Prozentsatz kritikloser Individuen finden, die blindlings dem gedruckten Worte

Glauben schenken und die inmitten ihrer Gesellschaft einen Haß gegen die Polen, als gegen die unbesserlichen Revolutionäre und Verschwörer schüren werden.

Aus Nr. 328 der Gazeta Narodowa
vom 27. November 1900:

Aus Großpolen.

Revisionen.

Aus verschiedenen Gegenden erhalten wir die Nachricht von stattgehabten Revisionen, namentlich bei Gymnasiasten, Studenten oder ehemaligen Akademikern. Es sind dies die Folgen des Leitgeber'schen Prozesses. Man soll irgendwo auf die Spur von Schülervereinigungen gekommen sein, die den Zweck haben, Geschichte und Litteratur zu lernen. Würde man in der Schule polnische Geschichte und Litteratur lehren, so bräuchten die Schüler nicht diese Gegenstände geheim zu lernen. Ueberdies bezweifeln wir es sehr, ob die Revisionen irgend etwas wirklich Strafwürdiges zu Tage fördern werden. Die Jugend müßte sich jedoch in Acht nehmen, um auch nicht durch leeren Schein Veranlassung zu dem Vorwurf zu geben, daß etwas Großes oder Gefährliches im Spiele sei. Dies wünschen unsere Feinde.

